

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumbach, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannschlag & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1111. — Für Inserate 1917, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Bezugspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einfl. Zustellung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Mitgliedsstellen vierteljährlich 2,70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 7zeilige Kolonietexte 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restanteileil Zeile 1.0. Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 144.

Magdeburg, Sonnabend den 23. Juni 1917.

28. Jahrgang.

Keiner hätte ihn gewagt...

Die Sozialdemokratie sieht, ohne die besondere persönliche Schuld und Verantwortung einzelner Personen, Parteien und Regierungen am Ausbruch des Weltkriegs zu verkleinern, seine objektiven Ursachen im wesentlichen in den wirtschaftlichen Interessengegenständen der modernen Großstaaten begründet. Herrschende Mächthaber und einflussreiche Kreise glaubten diese Gegensätze durch den Krieg zu überwinden und eine ungeheure Bereicherung ihrer Staatswirtschaften zu erzielen. Wie sehr aber, gerade auch von diesem Standpunkt aus, der Krieg sich als eine verfehlte Spekulation, als eine falsche Rechnung erweist, das zeigt Barbus in seiner neuesten Broschüre „Die soziale Bilanz des Krieges“ an einer Folge Gegenüberstellungen von geradezu verblüffender Illustration Wirkung.

Aus der Fülle des bildhaften Materials hier einige der markantesten Beispiele:

In England glaubten die Imperialisten durch den Krieg die

Niederwerfung Deutschlands

und die wieder alleinige Vorherrschaft Britanniens auf dem Weltmarkt zu erreichen. Bis zum Schlusse des Krieges werden die englischen Kriegsanleihen sicher 100 Milliarden Mark betragen. Für 3 Milliarden hätte England sich eine neue Handelsflotte erbauen können, so groß wie die gesamte englische Handelsflotte vor dem Kriege. Mit dieser neuen modernen Flotte hätte England durch Schnelligkeit, Billigkeit, Leistungsfähigkeit in jeder Form die deutsche Konkurrenz ohne einen Schwertstreich schlagen können. 3 Milliarden aber sind weniger als die Zinsen, die England in Zukunft für seine Kriegsanleihen zahlen muß.

Die gesamte deutsche Warenausfuhr nach den englischen Kolonien betrug vor dem Kriege rund 450 Millionen Mark jährlich. Selbst wenn es England gelingen sollte, diese deutsche Ausfuhr gänzlich auszumetzen, so brauchte es 200 Jahre, um aus dem Handel mit den Kolonien den Schaden einzuholen, der ihm durch den Krieg erwachsen ist.

Deutschland führte vor dem Kriege für etwa 1500 Millionen Mark Waren nach England aus und bezog aus England für etwa 900 Millionen Mark. Selbst den borniertesten Standpunkt eingenommen, daß dieser Ausfuhrüberschuß von 600 Millionen Mark ein Schaden für England sei, so würde es durch seine Bedrängung doch nur diese 600 Millionen Mark jährlich gewinnen. Zusammen mit den 450 Millionen Mark Bedrängung aus den Kolonien immer erst jährlich eine Milliarde Mark. Dann bräuhete es also hiernach

immer noch 100 Jahre,

um auf diese Weise die 100 Milliarden Kriegskosten wettzumachen.

In Deutschland entstand, als England in den Krieg eintrat, aus dem kapitalistischen Gegensatz das Ziel: Ueberwindung der englischen Seeherrschaft, freie Bahn dem deutschen Handel auf den Weltmeeren. Der Krieg legt Deutschland an Kriegsanleihen mindestens 70—80 Milliarden Mark auf. Das überwiegt alle Vorteile, die ihm aus dem Kriege jemals hätten erwachsen können.

Die deutsche Handelsflotte besaß vor dem Krieg einen Wert von etwa ¼ Milliarde Mark. Schon ein geringer Bruchteil der Unsumme, die der Krieg verschluckt, hätte die deutsche Schifffahrt in den Stand setzen können, die Frachten so zu verbilligen, daß die Ueberlegenheit der deutschen Industrie im Weltmarkt gesichert war.

Ein anderer Gegensatz, den das deutsche Kapital durch die Ueberwindung der englischen Weltwirtschaft zu beseitigen hofft, besteht in der Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland in bezug auf seine

Rohstoffversorgung.

Sein wichtigster Rohstoff, den es vom Ausland bezieht, ist die Baumwolle. Im Jahre 1913 führte es rund eine Million Ballen Rohbaumwolle ein. Für 12 Milliarden Mark hätte es nach einer Statistik aus dem Jahre 1910 die gesamte Landwirtschaft von South Atlantic in

Nordamerika mit allen Gebäuden, Maschinen und Nutzieren aufkaufen können. South Atlantic aber produziert 4 Millionen Ballen Baumwolle, d. h. viermal soviel als die deutsche Textilindustrie gebraucht. Dazu die Produktion an Getreide, Vieh usw. Und 12 Milliarden sind nicht der 6. Teil der voraussichtlichen Schlusssumme der deutschen Kriegsanleihen. Für den Rest ließen sich sämtliche Kupferbergwerke und die gesamte Petroleumindustrie der Vereinigten Staaten aufkaufen und es blieben trotzdem noch viele Milliarden übrig.

In Frankreich hofft man durch den Krieg vor allem das Ziel: Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens zu erreichen. Frankreich hat durch den Krieg eine Schwächung erfahren, die durch kein Elsaß-Lothringen mehr gutgemacht werden kann.

Frankreichs Verlust an Toten und Invaliden betrug schon während der ersten zwei Jahre des Krieges 1½ Millionen in der Vollkraft stehender Männer und dürfte bis Ende des Krieges mindestens 2 Millionen erreichen. Das ist die doppelte Anzahl der gesamten männlichen Bevölkerung Elsaß-Lothringens. Greise und Säuglinge eingeschlossen, die nach der letzten Zählung nur 95 625 Personen betrug. Frankreich hat schon jetzt

zwei Elsaß-Lothringen verloren,

ohne daß es das eine zurückgewann.

In Rußland träumten die Mächthaber am Anfang des Krieges von einer großen Machterweiterung. Um ihn beim Volke populär zu machen, suggerierte man ihm als Ziel die Befreiung von der angeblichen wirtschaftlichen Bedrückung durch Deutschland, die in dem Zustrom deutscher Waren und Kapitalien liegen sollte.

An Waren führte Deutschland im letzten Jahre vor dem Kriege nach Rußland ein: für 42 Millionen Rubel Lebensmittel, für 280 Millionen Rubel Rohstoffe und Halbfabrikate, für 320 Millionen Rubel Fertigfabrikate.

Die fertigen Fabrikate bilden also nur etwa die Hälfte der Einfuhr nach Rußland, und unter ihnen befanden sich für 120 Millionen Rubel Maschinen, Instrumente und landwirtschaftliche Utensilien. Ihre Einfuhr war sicher kein Schaden für Rußland, sondern ein großer Vorteil. Ein Vorteil ist auch die Einfuhr von Kapital, sofern es in dem kapitalschwachen Lande zur Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft dient.

Rußland dürfte nun bis zum Ende des Krieges etwa 70 Milliarden Mark Kriegsanleihen aufnehmen. Dieser Summe hätte es bei weitem nicht bedurft, um sein Eisenbahnnetz zu vervier- oder zu verfünffachen, das in Rußland auf 100 Quadratkilometer Fläche nur 1,2 Kilometer gegenüber 11,3 Kilometer in Deutschland beträgt. Durch ein gut angebautes Bahnnetz aber würde Rußland tatsächlich seine Industrie und Landwirtschaft heben und in die Reihe der modernen Wirtschaftsmächte einrücken. Statt dessen hat es im Kriege die Kräfte des Landes bis auf den Grund erschöpft und ihm eine juchbare Schuldenlast aufgebürdet, die zudem nicht ins eigne Land, sondern ins Ausland abfließt.

Rußland hat sein Ziel: Eroberung Konstantinopels und der Dardanellen nicht erreicht, die ihm übrigens für seinen friedlichen Handel und Verkehr immer offen standen, ist aber in die drückende Schuldnechtschaft Englands gekommen, das zu seiner Sicherung die russischen Zölle in Pfand genommen, sich industrielle Konzessionen ausbedungen und die russischen Auslandszahlungen kontrolliert.

Dieser Krieg hat allen Großstaaten, die ihn begonnen, so unermeßlichen Schaden gebracht, daß unbedingt

keiner ihn gewagt hätte,

wenn er seinen Verlust vorausgesehen.

In den ziffermäßig faßbaren Summen ist aber noch nicht eingegriffen die Zerstörung an privatem und staatlichem Gut, an Produktions- und Transportmaterial, an Rentelassen, die den Staaten verbleiben, der Verlust an Absatzgebieten, die den neutralen kapitalistischen Ländern zu-

gefallen sind, und ganz abgesehen von den Gefühlswerten, von den Verlusten, die in den Herzen der Mütter, Väter, Geschwister, Freunde gebüht sind, der Verlust an reichthumschaffender Arbeitskraft, eine in Geldwert gar nicht abzuschätzende Summe.

Es gibt nichts Unvorteilhafteres für alle Beteiligten, als dieser Versuch der Lösung wirtschaftlicher Interessengegenstände durch den Krieg es ist.

Es gibt nichts Vorteilhafteres, als diesen Krieg, der jedem Lande täglich eine immer ungeheurere Schuldenlast aufbürdet, so schnell wie möglich zu Ende zu bringen. Auf der Grundlage: keine Annektionen, keine Eroberungen.

Man träumt von Eroberungen.

Gesetzt den Fall, es gelänge, Deutschland im Norden, im Osten und Westen Gebiete zu entreißen, ihm die Zugänge zum Orient, zu den Märkten des Stillen Ozeans zu versperren — es würde für Deutschland zu einer Existenzfrage werden, zu einer Frage seiner ganzen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung, dies wieder gutzumachen, und das deutsche Volk in allen seinen Teilen würde nicht ruhen und rasten, um die Schuld an der Vergebarung, die ihm aufgebürdet, wieder abzusütteln.

Daselbe gilt im umgekehrten Falle aber auch für die andern Länder.

Annektion fremder Gebiete führt nicht zum gesicherten Frieden, sondern zu neuem, noch gewaltigerem Wettrüsten, zur gesteigerten Vergeudung an Kapital und Arbeitskräften für unproduktive Zwecke, zur Kriegsgefahr in Permanenz, bis zur neuen noch gewaltigeren kriegerischen Katastrophe hin.

Wie die Frage der Annektionen, so muß auch die der Kriegsschädigungen aus der Diskussion ausscheiden.

Der Krieg ist die Schuld des kapitalistischen Systems überhaupt. Da soll man nicht die Völker für die Sünden der Regierungen und ihres Systems bluten lassen.

Die Kosten des Krieges sind aber auch so ungeheuer, daß sie von einer der kriegführenden Staatengruppen

überhaupt nicht getragen

werden können. Das würde einfach zum Ruin Europas führen. Die Verarmung großer Kulturstaaten wie England, Frankreich oder Deutschland, würde die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der ganzen Welt hemmen. Diese Staaten sind aufeinander angewiesen. Deutschland ist zwar der schärfste Konkurrent Englands auf dem Weltmarkt, aber zugleich ist es einer der besten Abnehmer Englands und England einer der besten Abnehmer Deutschlands.

Uebrigens ist die militärische Situation so, daß sich auf keiner Seite die Möglichkeit zeigt, der andern Kriegsschädigung aufzuzwingen.

Die Fortsetzung dieses Krieges führt aber täglich zu einer immer

weitem Schwächung aller Beteiligten,

während das Kräfteverhältnis das gleiche bleibt. Die Lösung des Problems kann nur darin gefunden werden, daß ganz Europa sich wieder vereinigt, um es wiederherzustellen und über die Schäden des Weltkriegs wegzukommen. Es muß sich an den Gedanken gewöhnen, daß dieser Krieg ein ungeheures Unglück für seine Völker war, und daß es ihres ganzen Zusammenwirkens bedarf, um aus seinem Elend wieder herauszukommen.

So führt Barbus die überzeugenden Gegenüberstellungen weiter. Was er dann noch über die Möglichkeit der Gesellschaftsverbesserung sagt, wenn Summen, wie man sie im Weltkrieg verbraucht, im sozialistischen Sinn angewendet würden, muß im Rahmen dieses Artikels übergegangen werden.

Der Broschüre ist weite Verbreitung zu wünschen, damit sie mit hilft, vernünftige Anschauungen über die Bedingungen eines Friedensschlusses im gesamten Volke zu verbreiten. —

Die Berner Depesche.

Der Schweizer Bundesrat Hoffman muß zurücktreten und Robert Grimm die Leitung der internationalen sozialistischen Kommission niederlegen, weil sie das gräßliche Verbrechen begangen haben, für den Frieden wirken zu wollen.

In Genf schlägt inzwischen die Menge das deutsche Konsulatsgebäude herunter und die Fenster scheiben im österreichischen Konsulat ein, in Lugano wird der landverweijene griechische König beschimpft und durch die Straßen gejagt. Wird deswegen jemand zurücktreten?

Man wird ein Wort der Entschuldigung sagen, sonst nichts. Denn in diesem Falle wird ja nicht das Kriegsinteresse der Entente verletzt.

Im italienischen Parlament droht Boselli unerbittliches Vorgehen gegen alle Friedensfreunde an. In Griechenland werden 150 Patrioten, die bewährtesten Staatsmänner des Landes, aus ihrer Heimat hinausgeworfen, weil sie der Entente unbequem sind.

Aber trotzdem bleibt die Entente die Befreierin der Völker und namentlich die Vertreterin des demokratischen Prinzips gegenüber dem autokratischen Deutschland.

Nach dieser Einleitung das heute vorliegende Material:

Robert Grimm veröffentlicht in Stockholm eine Erklärung über die Umstände seiner Ausweisung aus Rußland. Er erklärt, am 9. Juni seien Axelrod und Martow bei ihm erschienen und hätten ihn gefragt, ob der schweizerische Gesandte in Petersburg Friedensvorschlüsse der deutschen Regierung zur unmittelbaren oder mittelbaren Übermittlung an die russische Regierung ihm übergeben oder ein dahin zielendes Ansuchen an ihn gerichtet habe. Es gebe ein derartiges Schriftstück, in dem der Name Grimms erwähnt und das von einem russischen Agenten in Bern an das Ministerium des Äußeren in Petersburg gesandt worden sei. Er, Grimm, habe beide Fragen verneint und diese Verneinung schriftlich zu Gunsten der Minister Tseretelli und

Stobelew bestätigt und hinzugefügt, er lasse es überhaupt grundsätzlich ab, den Vermittler von Friedensplänen imperialistischer Regierungen zu spielen.

Diese Erklärung sollte am folgenden Tage in der „Zwestja“ erscheinen. Die Sache eilte. Man wollte, sagt Grimm, Angriffen der bürgerlichen Presse zuvorkommen und durch rechtzeitige Abwehr auch eine Einmischung des in Rußland weilenden französischen Munitionsministers Albert Thomas vermeiden.

Am nächsten Tage enthielt die „Zwestja“ aber die Erklärung nicht. Man sagte jetzt, daß weitere Nachforschungen über das Vorhandensein des Schriftstücks angestellt würden. Am 13. Juni erhielt Grimm auf sein Verlangen durch Vermittlung Tseretellis und Stobelews eine Abschrift der Berner Depesche an den schweizerischen Gesandten in Petersburg, die am folgenden Tage veröffentlicht werden sollte. Grimm sollte aber Gelegenheit haben, vor deren Veröffentlichung eine Erklärung zu erlassen.

In dem Entwurf dieser Erklärung führte Grimm aus, daß eine solche Depesche ihm weder unmittelbar noch mittelbar zugestellt worden sei. Wenn das Telegramm ein deutscherseits unternommener Versuch sei, seine Anwesenheit in Petersburg zugunsten der Zwecke des deutschen Imperialismus und eines deutschen Sonderfriedens auszunutzen, so betrachte er einen solchen Versuch als eine Herausforderung. Die russischen Minister hätten jedoch eine schärfere Spitze gegen die deutsche Regierung und einen schärferen Angriff gegen die schweizerische Regierung verlangt, was er trotz der Drohung mit seiner Verhaftung und schimpflichen Ausweisung abgelehnt habe. Schon deswegen habe er sich auf diese Zumutung nicht einlassen können, weil der Ursprung des Telegramms noch keineswegs festgestellt war.

Später vereinbarte Grimm mit einigen politischen Freunden einen neuen Entwurf einer Erklärung, der den Ministern unterbreitet wurde und deren Inhalt schon durch die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht

wurde. Die Minister blieben aber bei ihrer Meinung, auch diese Erklärung genüge nicht. Martow und Axelrod unterstützten Grimm; es wurde keine Einigung erzielt.

Die Verhandlungen waren bisher streng vertraulich geführt worden, nun aber erklärte die Partei Grimms durch Martow, man fühle sich durch kein Geheimnis mehr gebunden; Grimm selbst werde sich zwei bis drei Tage zur Verfügung der russischen Regierung halten, nachdem seine Abreise schon früher für den 15. Juni vorsehen war. Am späten Nachmittag wurde Grimm in die Wohnung Stobelews gerufen, er begab sich, von Axelrod begleitet, dorthin und traf dort Tseretelli, später auch Stobelew. Ohne weiteres wurde ihm erklärt, die Minister fänden seine Erklärung ungenügend. Die Regierung beabsichtige selbst keine Maßnahmen gegen ihn, da aber zu befürchten sei, daß nach der Veröffentlichung des Sachverhalts Ausschreitungen entstehen könnten, werde er höflich gebeten, sofort abzureisen, wozu er willigte. Die Abreise Grimms wurde darauf äußerst beschleunigt. Am folgenden Morgen verließ Grimm Petersburg und erreichte die Grenze ohne irgendwelche Schwierigkeiten.

Zum Schluß erklärt Grimm, er habe es für unter seiner Würde, sich gegen den Vorwurf, er sei ein deutscher Agent, zu verteidigen und gehe über eine solche Verdächtigung mit Verachtung hinweg. Bevor sie auseinandergingen, fragte Grimm Tseretelli und Stobelew als Sozialisten, nicht als Minister, ob sie ihn für fähig hielten, die Rolle eines Agenten irgendeiner Macht zu spielen. Beide verneinten die Frage und erklärten, sie bedauerten es, daß er in seiner Erklärung nicht schärfer aufgetreten sei.

Grimm teilt mit, er habe bis zur Feststellung der Ursachen seiner Ausweisung sein Mandat für die Zimmerwalder Kommission den schweizerischen Genossen zur Verfügung gestellt und die schweizerische Partei ersucht, nach Kenntnisnahme der Tatsachen und des Untersuchungsergebnisses über seine politischen Mandate und seine Stellung in der Partei in Schweiz zu entscheiden. —

Was der Krieg bringt.

Die Stroter Offensive.

Auf der Hochfläche der Eichen Gemeinden verlief der gestrige Tag ruhiger. Die Kämpfe in diesem Gebiet hatten sich seit dem 10. Juni 16 Offiziere, 650 Mann und 7 Maschinengewehre ein.

In Col-Trico-Schicht erfolgerische Handgranatenkämpfe. Sturmschwärme beschleunigten im Ostfeld der Sogona-Stellung die Bezeichnung eines Sprengtrichters durch den Feind. Auf der Karz-Hochfläche wurden Heinecke feindliche Unternehmungen abgewiesen. —

Weitere Versenkungen.

In Mauthausen-Dyren wurden auch amtlicher Bekanntmachung vom 21. Juni vorabdings eine Reihe feindlicher Gendarmen durch unsere U-Boote vernichtet. Unter den verbleibenden Dampfern befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Dunsmuir“ (1972 Tonnern) mit Kriegsmaterial nach England, „Parthen“ (2160 Tonnern) mit Kohle und „Gösch“ (2217 Tonnern) mit Stützgut.

Benghasi beschossen.

Wichtig wird mitgeteilt:

Am 2. Mai wurde von einem unserer U-Boote die italienische Fregate Benghasi an der nordafrikanischen Küste mit 40 Granaten beschossen. In erster Linie wurden Hauptmasten und die funktionsfähige Leuchte mit feindlichem Erfolg unter Feuer genommen. Nach längerer Zeit nach der Beschädigung wurde ein Panzer Torpedos in der Stadt beschossen.

Benghasi, an der Spitze der ganzen Flotte, ist im letzten Tripolitanischen Kriege von den Italienern nach einem blutigen Kampfe erobert worden. Die Italiener haben aber während des Weltkriegs hier ins Innere bezugsnehmend Töpfe allmählich wieder anzuheben müssen. —

Die Eroberungsziele der Entente.

Der bekannte „Daily Telegraph“ schreibt aus Stockholm: Ich erlaube mir ganz Mutmaßungen, daß der französische Minister Thoms einen russischen Vorschlag bezüglich einer Revisionierung der Kriegsjiele der Verbündeten mitteilt.

Das „Daily Telegraph“ schreibt weiter: Die Idee, die der französische Minister Albert Thoms vorschlägt, ist die Fortsetzung auf die englische und die französische Seite über die Eroberungsziele der Verbündeten. Diese Eroberungsziele sind nicht für die Kriegsjiele gegeben. Die russische Regierung wehrt sich gegen jedes unüberlegte Gebot, welches die englische und

die französische Regierung ihren ursprünglichen Plan aufrechtzuerhalten. Jetzt werden sie beide auf die Probe gestellt.

Er hat zu einer Konferenz eingeladen, die demnächst die Kriegsjiele nachprüfen soll.

Mit anderen Worten: Sie sind vor die Wahl gestellt, den russischen Gesichtspunkt an- und so ihr Wort zurückzunehmen oder ihn abzulehnen und folglich zu brechen. —

Der internationale Kongress.

Sie haben in der letzten Nummer die Einladung des Sowjet (Arbeiter- und Soldatenrat) in Petersburg an die ungarische Sozialdemokratie veröffentlicht. Genie wird bekannt, daß die gleiche Einladung auch an die deutsche Sozialdemokratie gerichtet worden ist. Das Informationsbureau des Delegiertenrats in Stockholm hat an den Genossen über folgendes Telegramm geschrieben:

Im Anhang des Arbeiter- und Soldatenrats teilen wir mit, daß der Delegiertenrat in der Sitzung vom 2. Juni um 10 Uhr (also 15. Juni) beschloß, die internationale sozialistische Konferenz nach Stockholm zwischen 25. Juni und 8. Juli einzuberufen.

Freiwillig, Vorsitzender.

Die Delegation der deutschen Sozialdemokratie hat dem Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrats in Petersburg mitgeteilt, daß sie an der Konferenz teilnehmen werde. Sie hat vorher, am 7. Juni, schon folgendes Schreiben an den Sowjet abgehen lassen:

Werde Genossen!

Die Delegation der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften Deutschlands zur internationalen Konferenz in Stockholm hat sich mit dem in den letzten Tagen veröffentlichten Anhang des Arbeiter- und Soldatenrats beschäftigt, der die sozialdemokratischen Parteien aller Länder auffordert, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, die in der Zeit vom 25. Juni bis 8. Juli in Stockholm tagen soll. Der Anhang ist uns im letzten Nachlauf noch nicht bekannt. Nach dem aus vorhergehenden Tagen werden die Parteien und Vereinigungen der Arbeiterklasse aufgefordert, dem Arbeiter- und Soldatenrat mitzuteilen, ob sie an dieser Konferenz teilnehmen wollen. Wir erklären uns ganz zur Teilnahme bereit, wie wir stets während des Krieges bereit waren, die internationalen Beziehungen mit allen sozialistischen Parteien wieder anzuschließen.

Die Sozialdemokratie Deutschlands hat während des Krieges ihre Politik unabhängig und selbständig bestimmt. Entgegenstand waren für sie dabei die Interessen des arbeitenden Volkes. Aus dem letztgenannten Moment ergibt sich, daß die deutsche Sozialdemokratie unabhängig und mit großer Kraft eintritt für eine Verständigung des Proletariats aller Länder zur gemeinsamen Bekämpfung des Feindes. Alle imperialistischen Eroberungsabsichten sind von uns stets entschieden bekämpft worden. Diese Einstellung ermöglichte es uns, die soziale Revolution international zu propagieren und durch den Beschluß unserer Parteikonferenzen schließlich auf den

Boden der Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats zu stellen, der die Völker zu gemeinsamem Vorgehen zugunsten des Friedens aufgefördert hat. Das vom Arbeiter- und Soldatenrat und der russischen Demokratie proklamierte Ziel: Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigungen, ist auch unser Ziel. Der Wortlaut dieses Beschlusses unserer Parteiaus-schusses, den wir auch im Reichstag energisch vertreten haben, ergibt sich aus dem zweiten Teile des beigelegten Materials, Seite 34.

Das Klassenbewußte Proletariat Deutschlands, das bisher die russischen Freiheitskämpfe mit der größten Bewunderung verfolgt und tatkräftig unterstützt hat, wünscht nach dem Siege der russischen Revolution auf das lebhafteste eine dauernde Befestigung der russischen Demokratie. Sein eigenes Interesse, seine Kämpfe um die freiheitliche Entwicklung Deutschlands machen ein freies, demokratisches Rußland als Nachbar dringend erwünscht. Ein auf Freiheit und Freundschaft beruhendes nachbarliches Verhältnis ist auch die sicherste Garantie für einen dauernden Frieden in Europa.

Unsre Bestrebungen sind auf rasche und gänzliche Beendigung des furchtbaren Völkergemechels gerichtet. Ebenso wie der Arbeiter- und Soldatenrat haben auch wir bei unserer Friedensarbeit nur den allgemeinen europäischen Frieden im Auge gehabt.

Zur Förderung dieser übereinstimmenden gemeinsamen Bestrebungen wäre uns eine direkte persönliche Beziehung zum Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg erwünscht. Für den Fall, daß der Arbeiter- und Soldatenrat den gleichen Wunsch hat, bitten wir um Übermittlung eines entsprechenden Vorschlags.

Eine Abschrift dieses Schreibens haben wir gerichtet an die Genossen Tseretelli, Stobelew, ebenso an die Redaktionen der Parteiblätter „Kobotschaja Gafeta“ und „Kobotschaja Schisn“.

In Ihrem Auftrag hat ferner uns das holländisch-flandrische Komitee gebeten, uns für die Erteilung von Pässen an die Genossen Frim und Christesco in Vukaretsch und Laptchewitsch und Koglerowitsch in Belgrad zu verwenden. Wir werden selbstverständlich gern in dem von Ihnen gewünschten Sinne tätig sein.

Die internationale, von den russischen Sozialisten beschlossene Konferenz in Stockholm wird also stattfinden. Fraglich ist aber noch, ob die Sozialisten der Westmächte daran teilnehmen werden. Die italienische und die französische Regierung verweigern die Ausstellung von Pässen. Die englische Regierung tut verdeckt das Gleiche und nimmt außerdem das Versprechen ab, daß die Delegierten Stockholm nur berühren und mit den Deutschen nicht zusammenkommen dürfen.

Wenn die Regierungen des Westens und Südens nicht schlennt auf einer Aenderung ihrer Beschlüsse gezwungen werden, wird die Konferenz nur die Sozialisten Rußlands, des Bierbundes und der Neutralen vereinigt sehen. Auf das Verhältnis der Alliierten unter sich würde das natürlich nicht ohne Rückwirkung bleiben können. —

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 144.

Magdeburg, Sonnabend den 23. Juni 1917.

28. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 22. Juni 1917.

Zur Sondervorstellung im Viktoria-Theater

am Montag den 25. Juni sei noch einmal besond. mitgeteilt, daß pünktlich um 7 1/2 Uhr mit der Vorstellung begonnen werden muß, da sie zu der von den Behörden festgelegten Zeit beendet sein muß. Zur Ausführung gelangt Friedrich v. Schillers

Rabale und Liebe.

Der einseitliche Eintrittspreis beträgt 50 Pfg.

Die Plätze werden wieder wie bei der ersten Vorstellung ausgesetzt werden. Einlaßkarten sind wieder zu haben im

ParteiSekretariat, Große Münzstraße 3, II.

Bei den folgenden Bezirksleitern des Sozialdemokratischen Vereins:

A. Winger, Hundsbürger Straße 2.

Felix Prüfer, Rogäcker Straße 36.

Gustav Kleeß, Große Storchstraße 7.

Wilhelm Dehlschlager, Bahnhofstraße 41, S. IV.

Ulrich Künze, Kaiserstraße 5, II.

Karl Schmidt, Frielestraße 56, S. II.

H. Weitz, Martinstraße 7.

H. Schumann, Weiserhüser Straße 10.

Außerdem sind die Karten in folgenden Gewerkschaftsbureaus erhältlich:

Metallarbeiter, Große Münzstraße 3, I.

Fabrikarbeiter, Knochenhauerufer 27/28.

Holzarbeiter, Große Storchstraße 7.

Transportarbeiter, Stephansbrücke 38.

Bäcker, Große Münzstraße 3, III.

Bauarbeiter, Große Münzstraße 3, III.

Arbeitersekretariat, Große Münzstraße 3, I.

Buchhandlung Volksstimme.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Arbeiter-Bildungsausschuß.

Arbeitszeitreglung in der hiesigen Metallindustrie.

Bei den Verhandlungen, die am 7. April d. J. unter Teilnahme von Vertretern der Arbeiter der bedeutendsten hiesigen Betriebe der Metallindustrie im Generalkommando stattfanden, spielte die Regelung der Arbeitszeit eine sehr erhebliche Rolle. Ist es schon unter normalen Verhältnissen unmöglich, ohne schwere Schädigung der Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen eine Arbeitszeit zu leisten, wie das nun fast drei Jahren in der Metallindustrie geschieht, so muß es die schlimmsten Folgen haben, wenn damit Ernährungschwierigkeiten wie in dieser Zeit verbunden sind.

Die hiesige Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat deshalb den Metallindustriellen vorgeschlagen, die Arbeitszeit fortan an den ersten fünf Tagen auf 9 Stunden, am Sonnabend auf 7 1/2 Stunden zu begrenzen und die Sonntags- und Ueberarbeit aufzugeben. Es besteht kein Streit, daß Arbeiten zur Aufrechterhaltung des Betriebes evtl. unter Ueberzeitung der normalen Arbeitszeit zu leisten sind.

Die Wucht der Gründe, die von der Arbeiterschaft für diese Regelung der Arbeitszeit eingesetzt werden konnte, hat die Unternehmervereinigung veranlaßt, ihr zuzustimmen. Der Verband der Metallindustriellen hat beschlossen, mit Wirkung vom 1. Juli 1917 für die Dauer des Krieges und bis zum Wiedereintritt normaler Verhältnisse die regelmäßige, wirkliche wöchentliche Arbeitszeit von 55 Stunden 25 Minuten auf 52 1/2 Stunden herabzusetzen. Sie soll alsdann für Tag- und Nachtschichtarbeiter Montag bis Freitag 9 Stunden, Sonnabend 7 1/2 Stunden betragen. Der Metallindustriellenverband hat außerdem auch dem weiteren Vorschlag zugestimmt, allen im Stundenlohn beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen einen der Arbeitszeit entsprechenden Lohnausgleich zu gewähren. Bei den Besprechungen der Arbeiterausschüsse mit den Direktionen haben diese erklärt, daß der Lohnausgleich für die am niedrigsten bezahlten Gruppen mit einer Lohnhöhung verbunden sein soll. Der Lohn der Hilfsarbeiter soll um zusammen 10 Pfg., der Lohn der Arbeiterinnen um zusammen 5 Pfg. erhöht werden und ebenso der Einstellungslohn, so daß dieser ab 1. Juli für Hilfsarbeiter 78 Pfg., für Frauen und Mädchen 45 Pfg. die Stunde beträgt.

Soweit wäre die Angelegenheit in einer verhältnismäßig Weise erledigt. Die Mitteilung des Verbandes der Metallindustriellen hat aber einer Nachsicht, welcher besagt, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt jede auch nur geringe Entlassung der Leistungsfähigkeit vermeiden und daher erwartet werden muß, daß dem Verlangen der Firmen, Ueberstundenarbeit zu leisten, unbedingt nachzugeben werden muß. Nach dem ersten Teile soll die neue Arbeitszeit nur für die Kriegszeit gelten, nach dem letzten Teile soll während der Kriegszeit die bisherige Ueberstundenwirtschaft einfach fortgesetzt werden, das würde bedeuten, daß die ganze Arbeitszeitreglung nur auf dem Papier stehen, oder, wie bei den Verhandlungen in zwei Betrieben dem Arbeiterausschuß gesagt wurde, nur eine theoretische sein würde. Die ganze Bewegung der Arbeiter wäre als eine neue Lohnbewegung zugunsten der Lohnarbeiter zu betrachten. Diese Auffassung ist aber eine total falsche. Es geht diesmal wirklich alles darauf um die Durchführung der zugefügten Arbeitszeitverkürzung. Zu den bisherigen, wahrscheinlich ausreichenden Gründen ist die tropische Hitze der letzten Wochen noch hinzugekommen, die die Arbeiter und Arbeiterinnen noch mehr zermüdet und deshalb zur Selbsthilfe treibt, wenn auf der anderen Seite die notwendige Einsicht zu einer Verständigung fehlen würde. Erfreulicherweise ist diese Verständigung auf gutem Wege.

Die Gesamtleistung des Betriebes kann übrigens auch bei der kürzern Arbeitszeit auf gleicher Höhe bleiben, wenn die Organisation und Einrichtungen im Betrieb verbessert werden. Die Verteilung der Arbeit und der Arbeiter ist vielfach noch so wenig systematisch, weil die Betriebsbeamten sich auf das bequemste Mittel der Ueberarbeit stützen. Wissen sie erst, daß sie ohne dieses Mittel auskommen müssen, dann werden sie Wege finden, welche zur rechtzeitigen Fertigstellung der Aufträge führen ohne die jetzige Schädigung der Arbeiter. Würden die Arbeitervertreter befragt, sie könnten und würden sehr oft praktische Vorschläge zur Verbesserung der Betriebsverhältnisse liefern.

Das hiesige Generalkommando und die königliche Regierung sind der Auffassung, daß die Arbeitszeitverkürzung für die Arbeiterinnen hier fast völlig durchgeführt worden ist. Wir müssen dagegen feststellen, daß die Arbeitszeit für Frauen wieder mehr und mehr eine 10stündige geworden ist. So arbeitet im Betrieb von Poße nur noch der kleinste Teil der Arbeiterinnen 8 Stunden, obwohl in ihm Tausende wegen Arbeitsmangels entlassen worden sind, wie überhaupt ein Mangel an weiblichen Arbeitskräften noch zu keiner Zeit zu bezweifeln

war. Es kann doch ernsthaft nicht der Einwand erhoben werden, die Arbeiterinnen wünschten die längere Arbeitszeit. Er wäre nur zu leicht zu widerlegen. Aber selbst wenn es sozial unverständige Arbeiterinnen geben sollte, wissen die verantwortlichen Stellen im Hinblick auf die Kriegsfolgen auf dem Gebiete des Bevölkerungsproblems die größere soziale Einsicht besitzen und sie betätigen, wobei sie damit rechnen dürfen, daß dies dem Verlangen der gewaltigen Mehrheit der Frauen und Mädchen entspricht.

Wir sind zu vorstehenden Ausführungen veranlaßt durch einen Artikel in einer hiesigen Zeitung, der von wenig Sachkenntnis getrübt ist.

**** Neueintragung in die Kundenliste für Kartoffeln.** Der Magistrat gibt bekannt: Haushaltungen, welche bis zum 30. Juni dieses Jahres eingetragene Kartoffeln besitzen und bereits die neuen (roten) Kartoffelkarten für die Monate Juli und August in Händen haben, sind verpflichtet, in der Zeit vom 24. bis einschließlich 25. Juni sich bei einer beliebigen amtlichen Verkaufsstelle in die blaue Kundenliste einzutragen. Haushaltungen, welche die alten (grünen) Kartoffelkarten in Händen haben, haben diese in ihrer bisherigen Verkaufsstelle in der Zeit vom 27. bis 29. Juni gegen neue Karten für die Monate Juli/August einzutauschen. Auf der neu ausgegebenen Kartoffelkarte dürfen die Händler die Verkaufsstelle nicht angeben, sondern müssen es der Haushaltung überlassen, selbst die Kundennummer nebst Verkaufsstelle entsprechend der neuen Eintragung auf der Rückseite der alten Karte zu übertragen. Die in der Zeit vom 15. bis 20. Juni vorgekommenen Neueintragungen in die Kundenlisten eines Händlers treten erst mit der Marke 2 für Monat Juli in Kraft. Bis zu dieser Zeit sind diese Haushaltungen nach wie vor verpflichtet, ihre Marken bei demjenigen Händler abzugeben, wo sie bis jetzt eingetragen waren.

**** Wochenverteilungsplan für Fleisch.** Es kaufen in der Woche vom 25. Juni bis 1. Juli: Am Dienstag und Donnerstag Gruppe 2, am Dienstag und Freitag Gruppe 3, am Mittwoch und Sonnabend Gruppe 1. Fleisch wird nur abgegeben: Am Dienstag und Mittwoch auf die Reichsfleischkarten Marken 11 bis 17 der Karte für Erwachsene und Nr. 6 bis 9 der Karte für Kinder zur Entnahme von je 25 Gramm. Auf die Marken 11, 12, 13, 14 der Karte für Erwachsene und 6 und 7 der Karte für Kinder muß Rindfleisch, auf die Marken 15 und 16 für Erwachsene und 8 für Kinder kann nur Kalb-, Hammelfleisch oder Wurst, auf die Marken 17 für Erwachsene und 9 für Kinder kann nur Fett entnommen werden. Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend auf die Magdeburger Zuzufleischkarten Marken 51 bis 55 a) bei Erwachsenen zur Entnahme von je 50 Gramm auf Marke 51, 52, 53, 54, 55, b) bei Kindern zur Entnahme von je 25 Gramm auf Marke 51, 52, 53, 54, 55. Auf die Marken 51, 52 und 53 muß Rindfleisch, auf die Marken 54 und 55 kann nur Kalb-, Hammelfleisch oder Wurst entnommen werden. Für sämtliche vorstehenden Fleischarten wird auf die Zuzufleischkarten mit Preisnachschlag eine Preisermäßigung von 1,60 Mark für das Pfund Fleisch, jedoch nur beim Einkauf in der auf der Karte vermerkten amtlichen Fleischverkaufsstelle gewährt. Die Preise sind durch beizubehalten Preisausgang bekanntzugeben.

Sämtliche vorgenannten Marken berechtigen zugleich zum Einkauf von Wild-, Gänser-, Korb- und Freibankfleisch, daneben berechtigten die Marken Nr. 18 bis 20 der Reichsfleischkarte für Erwachsene und Nr. 10 der Karte für Kinder nur zum Einkauf von Wild-, Gänser-, Korb- und Freibankfleisch. Gänser werden im Durchschnittsgewicht von 400 Gramm, junge Gänse bis zu 1/2 Jahr mit einem Durchschnittsgewicht von 200 Gramm, Wild in der doppelten Menge und Korbfleisch in der vierfachen Menge auf die Fleischmarken angerechnet.

**** Die Strohstoff-H-Packung** ist wieder eingetroffen und kann an die eingetragenen Kunden nach den Vorschriften des Magistrats abgegeben werden.

**** Zur Obstversorgung** gibt der Magistrat eine Bekanntmachung der Provinzstelle für Obst und Gemüse zur öffentlichen Kenntnis: Zuverlässige, geschäftsfähige Obsthändler erhalten bis auf weiteres von der Provinzstelle eine Provision von 2 Prozent für die von ihnen auf bekannten roten Formularen für die Reichsstelle abgeschlossenen Obstlieferungsverträge, sobald die jagdmäßige Ablieferung des Obstes an die ihnen später zu benennenden Empfänger auf der Verladung erfolgt ist. Derartige Verträge sind in je drei Exemplaren dem zuständigen Kreisverbandsverband behufs Weitergabe hierher einzureichen. Obstbringer brauchen sich des Zwischenhandels nicht zu bedienen. Ihnen nimmt die Provinzstelle, sobald es sich um Mengen über 50 Zentner einer Obstart handelt, das Obst ohne weiteres ab. Sie haben lediglich die Normabträge (in drei Exemplaren) auszufüllen und unterschrieben ihrem Kreisverbandsverband einzureichen. Formulare sind bei diesem erhältlich. Ausweiskarten bedürfen diese Obsthändler nicht.

- 2,20 Mark für 1 Pfund Kartoffeln. Eine Anzahl Blätter brachten folgende Meldung: „Ein Rekord in Preiswucher wurde in Dresden verzeichnet. Wie ein Dresdner Blatt meldet, wurden an einer Stelle Kartoffeln das Pfund mit 2,20 Mark verkauft. Auf Anfrage erklärte das Kriegswucheramt, es liege kein Kriegswucher vor, da man die Herkunft der Kartoffeln nicht kenne. Mittags wurden für die Kartoffeln in dem betreffenden Geschäft bereits 2,90 Mark bezahlt.“

Hierzu wird folgende Mitteilung des Kriegswucheramts für das Königreich Sachsen mitgeteilt: „Das königliche Kriegswucheramt hat sich über die Sache überhaupt noch nicht geäußert. Mühsam ist eine Erklärung, es liege kein Kriegswucher vor, nicht abgegeben worden. Der Dresdner Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ erzählt aber von dem Vorsitzenden des Kriegswucheramts, daß eine Untersuchung bereits eingeleitet worden sei. Es heißt dann schon jetzt, daß tatsächlich ein Preis von 2,20 Mark für das Pfund Kartoffeln verlangt und auch bezahlt worden sei.“

So weit ist es also gekommen, daß man sagt 2,20 Mark für 1 Pfund Kartoffeln zu verlangen. Das entspricht einem Preis von 2,20 Mark. Solche Kunststücke bringt der Handel jetzt fertig, wenn er sich der Kontrolle entziehen kann.

X In Haft genommen wurden die Kassierin Helene Zschmann von hier, die von der Amtswirtschaft zu Kuba bedienstet war, verhaftet; ein Kassierer und ein Schlosser aus der Subdivision sowie deren Ehefrauen, welche überführt sind, in letzter Zeit jugendlich aus verdrängten Gartenparzellen Geflügel und aus Kellern Lebensmittel gestohlen zu haben.

- Endlich Regen! Die kategorische Forderung: Herunter mit dem Regen! hat nun doch einen Erfolg gehabt. Verbunden mit einem erheblichen Temperatursturz gab es am Freitag morgen einen netten Landregen. Hierig saugten die Blumen, die Anlagen und Gärten das kühle Raß ein. Die schon gelb gewordenen Blätter der Akazien wurden wieder frisch und grün. Wohlthuend war vor allem die angenehme Kühle, die nach dem Regen eintrat und Mensch und Tier erquickte. Gewitter und Regen gab es auch in andern Gegenden. Die erquickende Dürre scheint überwunden zu sein. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß wir noch mehr Regen bekommen. Brauchen können wir jedenfalls noch sehr viel. Mögen also die Herren Wettermacher es bei diesem ersten schätzbaren Versuch nicht bewenden lassen und mit Busch sagen: „Dieses war der erste Streich, doch der zweite folgt sogleich!“

**** Steuern für das laufende Jahr.** Vom Magistrat wird bekanntgegeben: Für das Rechnungsjahr 1917 (1. April 1917 bis 31. März 1918) werden an Kommunalabgaben, abgesehen von den durch Eingemeindungs-Verträge bedingten Abweichungen, erhoben: 200 Prozent der Staats-Einkommensteuer einschl. der für Einkommen von 660 bis 900 Mark veranlagten fingierten Normalsteuererträge, 200 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, 100 Prozent der Betriebssteuer, 3,46 Promille des gemeinen Wertes der Grundstücke als Gemeinde-Grundsteuer. Die Zuschläge sind durch Beschluß des Bezirks-Ausschusses vom 12. Mai 1917 und hinsichtlich der Einkommensteuer durch Zustimmung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 24. Mai 1917 genehmigt. Mit der Zustellung der Steuerzettel wird am 27. d. M. begonnen. Die Steuerzahler werden ersucht im eignen Interesse die Zahlung der für das 1. Vierteljahr fälligen Beträge möglichst bald zu bewirken und nicht bis zu den letzten Hebetagen zu verschieben, auch den zu zahlenden Betrag abgezählt bereitzuhalten, da nur dann eine schnelle Abfertigung zu ermöglichen ist.

- Arbeiterjugend. Zur Sonnenwendfeier trifft sich die Jugend am Sonnabend abend 8 1/2 Uhr an der Holzbrücke. Die Feier findet, wie bereits mitgeteilt, in der „Neuen Welt“ (Garten am Niederiger Busch) statt. Beginn gegen 9 1/2 Uhr. Die Jugend muß für guten Besuch Sorge tragen. Die Eltern sind herzlich eingeladen.

- Betriebsführung bei der Straßenbahn. Am Donnerstag abend gegen 8 Uhr trat im Betrieb der Straßenbahn wieder eine längere Störung ein. Die Ursache war, daß in der Höheportstraße zwischen Gütshamer und Königstraße, ein Teil der Oberleitung, ohne jede sichtbare Veranlassung, gerissen und mit allem Drum und Dran auf das Straßenpflaster gefallen war. Wo die Stachtrahndrähte mit den Schienen zusammenstießen, gab es große Funkenbündel. Zum Glück gewährte der Führer eines vom Böttcherplatz herkommenden Wagens der Linie 8 die am Boden liegenden Drähte, so daß er zur rechten Zeit noch halten konnte. Die Linien 5, 7, 8 und 9 hatten längere Zeit keinen Strom und ihre Wagen mußten, wo sie sich gerade befanden, stillhalten. Die telephonisch herbeigerufenen Turmwagen nahmen die Reparaturen sofort auf. Nach den Vorkommnissen der letzten Tage dürfte eine gründliche und häufigere Revision des gesamten Drahtnetzes der Straßenbahn zu empfehlen sein.

- Von Eherz und Spiel in den Tod. Am Donnerstag abend hat ein junges blühendes Menschenleben am Bahnübergang an der Wasserumstraße durch eignes Verschulden ein frühzeitiges, tragisches Ende gefunden. Die 16jährige Arbeiterin Elise Borchel, wohnhaft Lohmer Straße, die in der Schokoladenfabrik von Bahula beschäftigt gewesen ist, war mit noch andern Arbeiterinnen nach Arbeitschluß auf dem Heimweg begriffen. Untenwegs begegnete den jungen Mädchen, die lachend und scherzend ihres Weges gingen, ein mit Hen beladener Wagen, an den ein zweiter Wagen, ebenfalls mit Hen beladen, angehängt war. Trotz der Warnungen ihrer Freundinnen setzte sich Elise Borchel mit noch einem jungen Mädchen auf die Deichsel des zweiten Wagens. Als die Wagen den Bahnübergang passierten, verlor Elise Borchel das Gleichgewicht, stürzte zur Erde und wurde von dem zweiten Wagen überfahren. Die Räder gingen der Unglücklichen über Brust und Kopf. Hülsbereite Menschen brachten die Verunglückte in das am Bahnübergang befindliche Wärtchen. Hilfe konnte ihr jedoch nicht mehr zuteil werden. Die schweren Verletzungen, die ihr zugefügt wurden, hatten den augenblicklichen Tod herbeigeführt. Froh und wohlgenut hatte das junge Mädchen die Fabrik verlassen, um kurze Zeit darauf einem tragischen Geschick zum Opfer zu fallen.

- In die Transmision geraten. Der Schlosserlehrling Artur S. wollte am Freitag vormittag in der Fabrik Rogäcker Straße 43 einen Dreibriemen auflegen, geriet hierbei in die Transmision und wurde mit herumgeschleudert. Der Verunglückte, der erhebliche Verletzungen am rechten Bein erlitt, wurde nach dem allnächtlichen Krankenhaus gebracht.

- Ueberfahren. Der Schulfahrer Gerhard D. wollte am Donnerstag nachmittag in der Rogäcker Straße einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen besteigen, kam zu Fall und wurde eine Strecke mitgeschleift. Der Knabe erlitt außer Hautabrisuren noch Bruch des Hinterhaupteckels des linken Beines. Mittels Sanitätswagens wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus Altkopf gebracht.

X Gestohlen wurden in der Zeit vom 16. bis 20. d. M. aus einer an der Königsbauer Straße gelegenen Piegerei zwei Kriebriemen, 8 Meter lang, 14 Zentimeter breit und 6 Meter lang, 8 1/2 Zentimeter breit; in der Nacht zum 19. d. M. von dem Hofe eines Grundstücks in der Hühnerstraße ein kleiner blaugelber Leierwagen; am 20. d. M. aus einer Badeanstalt eine Radeluhr mit Papier und Radelkette; aus einer Wohnung in der Wäcker Straße ein blauer Jodschlang und ein Paar lange einlederne Stiefel; aus dem Wochengang einer in Salbe gelegenen Fabrik eine silberne Herrenrennautomobiluhr mit Radelkette; vor einem Hause in der Lüneburger Straße ein zweirädriger drahtgetriebener Handfahrradwagen; in der Nacht zum 21. d. M. aus einem im Industriegebiet gelegenen Neubau 4 Stück 3 Meter lange Spundbretter; aus einer in der Wäcker Straße gelegenen Schankwirtschaft verschiedene Lebensmittel, 8 Flaschen Spirituosen, 150 Stück Zigaretten und 200 Stück Zigaretten.

Theater, Konzerte etc.

Mitteilungen der Direktionen.

Viktoria-Theater. Heute Sonnabend (1. literarischer Abend): „Fahmann Henschel“. Sonntag nachm. (zu kleinen Preisen): „Glocke im Bielefeld“, abends 7 1/2 Uhr: „Als ich noch im Hühnerlaube...“
Central-Theater-Terrasse. Am Sonnabend nachmittag langweiliger Kapellmeister Rudi Bach mit seinem ausgezeichneten Salon-Orchester.
Städtisches Orchester. Sommerkonzert: Dienstag, Freitag 7 1/2 Uhr Stadtpark-Garten; Mittwoch 4 Uhr Sakrawe; Donnerstag 7 1/2 Uhr Bücherei; Sonnabend 6 1/2 Uhr Rogäcker.

Provinz und Umgegend.

Frühdruschprämien.

Von der Kriegswirtschaftsstelle wird geschrieben: Während die Reichsgetreidestelle in den ersten beiden Jahren ihrer Wirksamkeit mit erheblichen Missetaten in das neue Getreidejahr eintreten konnte, fehlen jetzt solche Missetaten völlig. Die Reichsgetreidestelle braucht daher große Mengen Getreide der neuen Ernte schon in einer Zeit, in der solche Mengen im gewohnten Wirtschaftsleben noch nicht gebräuchlich sind. Es ist daher notwendig, daß große Getreidemengen sehr schnell, möglichst aus der Mode bzw. vom Felde weg ausgedroschen und abgeliefert werden.

Nach der Verordnung des Bundesrats vom 2. Juni 1917 beträgt die Druschprämie, wenn die Ablieferung erfolgt vor dem 16. August 1917 . . . 60 Mark
1. September 1917 . . . 40
1. Oktober 1917 . . . 20

für 1 Tonne Getreide. Ablieferungsfähig ist Getreide mit einem Feuchtheitsgehalt bis 19 v. H.

Es wird die Reichsgetreidestelle durch ihre Kommissionäre in genügender Anzahl zur Verfügung stellen. Unter diesen Umständen darf die Frühdruschverordnung unter den Landwirten nicht als eine unliebsame Zwangsmaßnahme empfunden werden. Es handelt sich um eine zum Wohle der deutschen Volksernährung unbedingt notwendige Maßregel, die nur mit voller Unterstützung und ganzem Verständnis der Landwirtschaft durchgeführt werden kann.

Es sei nochmals dringend darauf hingewiesen, daß es sehr wichtig ist, die Mähmaschinen und Dreschmaschinen in betriebsfähigem Zustand zu erhalten. Da, wo Reparaturen von den bisherigen Werkstätten nicht erledigt werden können, sind die Maschinenausgleichstellen zur kostenlosen Vermittlung bereit.

Wahlkreis Ocherleben-Halberstadt-Wernigerobe.

Singstedt, 21. Juni. (Ein Weichensteller überfahren.) Auf dem Bahnhof derunglückte beim Rangieren eines Güterzugs der Weichensteller Beder dadurch, daß er unter die Räder der Lokomotive kam, wobei ihm beide Beine weggerissen wurden. Die sofortige Ueberführung ins Halberstädter Krankenhaus wurde bewerkstelligt, doch ist der Unglückliche auf dem Transport nach dort an Verletzung gestorben.

Halberstadt, 22. Juni. (Unentgeltliches Sammeln von Legehöhen.) Diejenigen bedürftigen Einwohner, die die Erlaubnis zum unentgeltlichen Sammeln von Rast- und Legehöhen in der Igl. Gutsdorf für das Jahr 1917/18 nachsuchen wollen, haben sich in der Zeit vom 25. Juni bis 5. Juli vormittags von 8 bis 1 Uhr nach nachmittags von 3 bis 6 Uhr im Rathhaus, Zimmer 4, zu melden.

(Ablieferung von Fleischmarken.) Vom 25. Juni ab haben die Fleischer die von ihnen eingenommenen Fleischmarken nicht mehr im Lebensmittelamt, sondern mit den Gutgeheimen im Zimmer 9 (Kassamagazin) des Rathhauses abzuliefern.

(Städtischer Eierverkauf.) Am 22. d. M. und an den folgenden Tagen kommen in der Markthalle Eier zum Preise von 28 Pfg. für ein Stück zum Verkauf. Bezugsberechtigt sind die Hausbewohner mit den Nummern 2001-3000 der 2. Reihe. Auf jede Nummer entfällt ein Ei. — An dem gleichen Tage kommen in der Markthalle ausländische Eier zum Preise von 30 Pfg. für ein Stück auf Lebensmittelkarte Nr. 35 zum Verkauf. Auf jede Karte entfallen zwei Eier.

(Verkauf getragener Kleidungsstücke.) In der Verkaufsstelle für getragene Kleidung, Ritter Weg 23, haben sich große Mengen verlassener Kleidungsstücke, auf welche Zuschläge geltend gemacht sind, angesammelt. Die Käufer werden aufgefordert, die gekauften Gegenstände bis zum 30. Juni abzuholen, andernfalls dieselben wiederverkauft werden.

Osterleben, 22. Juni. (Der zurückgegangene Einspruch.) Der Kandidat Ernst Müller aus Nordorf hat einen Einspruch in Höhe von 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis erhoben, weil er seine Karte zum Preise von 30 Mark für den Fahrer angeboten hat, obwohl der Höchstpreis 12,50 Mark betrug. Gegen den Einspruch erhob er Einspruch, den er

jedoch beim Schöffengericht vor Eintritt in die Verhandlung zurückzog.

Wernigerobe, 22. Juni. (Einbruchsdiebstahl.) Schon wieder ist ein Einbruchsdiebstahl begangen, und zwar in der Buchbinderei der Witwe Kuch in der Westerntstraße. Das ist bereits der dritte Fall in diesem Geschäft. Der oberste Diebstahl liegt in einem offenen Fenster des Hintergebäudes und leeren die Bodenfläche. Außerdem fiel ihnen noch ein liegendes Portemonnaie mit 25 Mark in die Hände. Die Diebe müssen zweifellos über die nötigen Vorkenntnisse verfügen.

(Verstoß gegen die Gewerbeordnung.) Der Fabrikbesitzer Willi Dieck (Farbenfabrik) und der dort beschäftigte Betriebsleiter Karl Rindfleisch haben Kinder unter 14 Jahren und junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren über die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hinaus beschäftigt. Das Schöffengericht verurteilte erstere zu 60 Mark, letztere zu 25 Mark Geldstrafe. In dieser Beziehung wird in heutiger Zeit an der heranwachsenden Jugend in fast allen Betrieben schwer gesündigt. Die Polizei würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie sich mehr als bisher um die Betriebe kümmerte.

(Die Gewerbebesenrolle) des gesamten Stadtbezirks für das Steuerjahr 1917 liegt vom 20. bis 28. Juni im Zimmer Nr. 10 des Rathhauses zur öffentlichen Einsicht der Gewerbebesenpflichtigen aus.

(Sugendlicher Sechsin.) In einer Druckerei durchschneit sich leichtsinnigerweise ein Lehrling eine Pulzader durch eine zerbrochene Flasche. Nachdem ihm von Angestellten die erste Hilfe zuerlei geworden war, wurde er in das Kreis-Krankenhaus übergeführt. Auch dieser Fall zeigt, daß die jungen, eben aus der Schule entlassenen Leute mehr beaufsichtigt werden müssen.

Wahlkreis Serichow 1 und 2.

Burg, 22. Juni. (Gewerkschaftskarteil.) Heute Freitag findet abends 8 Uhr eine Sitzung mit den Vorständen der Gewerkschaften im Gewerkschaftshaus statt.

(Arbeiterjugend.) Am Sonntag wird ein Ausflug nach Rogätz unternommen. Treffpunkt 1/2 Uhr am Gewerkschaftshaus.

(Zur Warnung.) Ein bei Verwandten zum Besuch weilendes 15-jähriges Mädchen war in der Badeanstalt vom Sprungbrett in das nur für Schwimmer bestimmte Becken gerungen, obwohl es des Schwimmens keineswegs kundig war. Da bemerkt wurde, wie sie unterlag, sprang die Schwimmlehrerin, Fräulein Jesumann, alsbald nach, und es gelang ihr nach mehrmaligem Tauchen, die Verunglückte herauszuholen. Besondere Bemerkungen der Badeanstalt sowie der herbeigerufenen Sanitätsrat Dr. Glaser nahmen Wiederbelebungsbemühungen vor, die nach fast 2 Stunden den gewünschten Erfolg hatten, so daß das Mädchen außer Gefahr ist.

Serichow, 22. Juni. (Zu dem Eisenbahnunfall) wird noch folgendes berichtet: Die Unfallstelle liegt an der Einfahrt zum Bahnhof von Berlin her. Drei Lokomotiven und fünf Wagen bildeten einen Trümmerhaufen. Der Lokomotivführer Holtmann und der Seiger Karbadi des Güterzugs, beide aus Berlin und Familienväter, sind von dem Kohlenwagen der Lokomotive auf ihren Ständen bahnabwärts bis zur Unkenntlichkeit gedrückt worden. Man hatte Mühe, die Leichen aus den jetzt zusammengefallenen Eisenwägen herauszuholen. Die Mannschaften zweier Hilfszüge aus Rogezburg und Potsdam arbeiteten bis zum frühen Abend an der Unfallstelle, unterstützt von Bahnarbeitern und Sejungenen. Gegen 6 Uhr abends waren die Aufräumarbeiten so weit gediehen, daß das Gleis von Rogezburg her frei war und sämtliche Züge, allerdings mit Vorsicht, einseitig verkehren konnten. Am Donnerstag nachmittag 1 Uhr war auch das andre Gleis frei und somit die Störung endgültig beseitigt. Die schwere Güterzuglokomotive, die auf der Seite liegt, muß jedenfalls auseinandergenommen werden. In dem Zuge befanden sich ein Personenzug mit neun Militärpersonen, darunter drei Flieger aus Eberfeld. Einer von ihnen erlitt Verletzungen am Kopfe; die übrigen kamen mit dem Schrecken davon.

Vergeltung.

Roman von Hector Malot.

(46. Fortsetzung.)

„Gott, lassen Sie den Herrn Sachverständigen sprechen. — Sie sagen, Herr Doktor, daß Sie das Kolomel nicht verurteilt hätten, weshalb?“ — „Das Kolomel wäre angebracht gewesen bei einem Kinde, dessen Nieren nicht angegriffen waren, da es ja oft und auch mit Vorteil angewendet wird; da aber ein Nierenleiden vorhanden und die Anästhesie eine spärliche gewesen war, durfte kein Kolomel verabreicht werden, weil es in diesem Fall innerliche Schädigung und Entzündung herbeiführt. — beides wurde tatsächlich durch die Anästhesie kompliziert. Das Kolomel konnte infolge des vorhandenen Nierenleidens nicht angewendet werden. Das Medikament würde sich bemerkt haben, einen Durchbruch der Eingeweidegegend wäre keine Handhabung und demnach keine Verurteilung dem Tod herbeiführen.“

Saniel konnte diesen Satz nicht ruhig hinnehmen. Trotz aller Bemerkungen des Präsidenten, ihn zum Schweigen zu bringen, erwiderte er mit weitläufiger Stimme, daß er das Kolomel nur anordnete, weil er überzeugt war, daß sein Schicksal keine Spuren seiner Schärferheit zurücklassen würde, und weil er wegen des bedeutenden und gefährlichen Charakters der Krankheit das äußerste Verbot entgegen der Naturgesetzlichkeit anzuordnen wolle, um sich keinen Vorwurf machen zu müssen. Dann wurde er lächelnd und das ungeschickliche Gesicht verlassend, feststellte er in großen Zügen, wie überaus schwierig die Stellung eines Arztes ist, denn der Erfolg kann bei manchen gefährlichen Maßnahmen gescheitert sein, wenn er sich am Krankenlager seiner Ehrfurcht hingibt. Er sah ja von einer Krankheit herangeht, die mit ungeschickter Festigkeit auftritt; er behandelt sie und tut alle Dosis eines Arztes, der in seiner Eigenliebe, seinen Bemühen, schließlich keine Krankheit erloschen und sich zum Heberlauf nach denken mag, daß die seine Fehler eines Verurteilten gehen könnten, weil seine Schicksal ungeschicklicherweise nicht sein.

„Weshalb haben Sie nicht den Versuch einer Jure Solange in Anspruch genommen?“ — „Das habe ich getan.“ — „Wir werden sehen, ob es nicht zu spät gekommen ist.“ erwiderte ihm der Präsident. „Hören Sie den Herrn Doktor an.“

Zu seiner gewundenen Aussage, welche von Vorbehalten und Zweifeln strotzte, kam Ananias zu dem Schlusse, daß er, wenn auch nicht zu spät, so doch ein wenig sehr spät gerufen worden sei. Daraus gelangte mit ähnlichen Worten zu demselben Schlusse. Einen wichtigen Punkt für die Anklage bildete die Feststellung des Umstandes, ob Saniel seinen Kollegen gegenüber des Schärferfahers Erwähnung gemacht, und diese erwiderten auf eine diesbezügliche Frage, daß er davon nichts gesagt habe.

„Wenn es eine medizinische Regel ist, daß man bei einem Kranken nach dessen früheren Krankheiten forscht,“ bemerkte der Präsident, „so begreife ich nicht, weshalb Sie mit Ihren Kollegen nicht über diesen Schärferfall sprachen.“ — „Ich habe bereits erklärt, daß nach meiner Ueberzeugung die Krankheit keine Spuren zurückgelassen hatte, dessenungeachtet würde ich mit meinen Kollegen darüber gesprochen haben, wenn dieselben nicht gleich beim ersten Wort des Kolomel verstorben hätten.“

Die Seite der Zeugen war erschöpft, schon wollte der Präsident die Verhandlung für den nächsten Tag verschieben, als ihn der Gerichtsdiener meldete, daß Antoine President vernommen zu werden wünsche. — „Lassen Sie ihn eintreten,“ sagte der Präsident. Gleich darauf sah man einen hochgewachsenen, jetzt aufstrebenden Mann in den Saal kommen.

„Sie sind der Gärtner Cornier?“ fragte der Präsident, der seinen Kneifer ausgehört hatte. — „Ich war es während zweier Jahre. Heute aber, da ich mein Haupt bereits erheben und meinen Namen nennen kann, gebe ich mich zu erkennen: Ich heiße Laurentin Cornier. Fragen Sie den Angeklagten, ob er mich erkennt.“ — Saniel nickte mit dem Kopfe.

Laurentins Bemerkung wirkte länger als eine Stunde. „Sinn Freud war,“ sagte er am Schlusse, „die Kräfte meines Prozeßes zu erreichen. Ich weiß, daß dies nicht mehr möglich ist; so leicht das Geheiß Uebels fallen kann, so schwer ist es, wenn es das Uebel wieder zumachen soll. Ich habe den Schuldigen indessen jetzt Ihren Händen überliefert, und auch nach demselben anzunehmen; seine Verurteilung kommt der Offenbarung meiner Handlung gleich.“

In nächsten Tage beginnt der Staatsanwalt sofort nach Eröffnung der Verhandlung seinen Vortrag zu stellen. Er spricht mit kalter, ruhiger, unerschütterlicher Stimme, hört aber zu und folgt man seinem Vortrag, so gewahrt

Wollin, 22. Juni. (Großfeuer.) Am Montag geriet auf dem Hofe des Bädermeisters Niemann ein Haus trockener Baden in Brand. Infolge der großen Dürre fingen auch bald die in der Nähe stehenden, mit Brennholz angefüllten Schuppen Feuer, das sich bei dem herrschenden lebhaften Südwind mit rasender Schnelligkeit über die Hintergebäude des Niemannschen Grundstücks erstreckte, dann die Scheune vom Wüdn Siegel ergriff und schließlich nach dem Gehöft des Schuhmachers Blumreich überprang. Dort wurden nur der Dachstuhl und die Türen und Fenster der Hinterfront des massiven Wohnhauses beschädigt. Groß dagegen ist der bei Niemann und Siegel angerichtete Schaden. Eine Kuh verbrannte und viel Ackergeräth und Maschinen. Wodurch der Brand verursacht ist, bedarf noch der Aufklärung.

Wahlkreis Wanzleben.

Wanzleben, 22. Juni. (Ullershand Verstoß.) Im Kreisblatt hat der Landrat eine Liste veröffentlicht, in der die Namen von acht Personen angeführt sind, die wegen Ueberschreitung der Höchstpreise verbotenen Schlachtens, unrichtiger Angabe ihrer Vorräte und wegen Milchfälschung bestraft wurden. Die verhängten Geldstrafen betragen zwischen 5 und 150 Mark. Antheilnehmend recht viel Karstfisch hat der Hofmeister Andreas Oberkamp in Remterlebe verheimlicht, denn er muß 150 Mark Geldstrafe bezahlen. Die gleich Geldstrafe ist gegen den Müller Franz Gohlke in Diesdorf wegen Ueberschreitung des Gerstenhöchstpreises verhängt worden. Zwei Verkräft hat die Milchhandel trotz des hohen Preises noch nicht eintägig genug zu sein, da sie wegen Milchfälschung bestraft worden sind. Der Landwirt Friedrich Heinemann in Hohenbodeleben muß für die begangene Fälschung der Milch 150 Mark und Frau Minna Bartels, ebenfalls in Hohenbodeleben, 40 Mark Strafe bezahlen. Es wird eben trotz aller Ermahnungen und Bestrafungen schwer und viel gesündigt.

Wahlkreis Raabe-Nscherleben.

Quedlinburg, 22. Juni. (Für ein Pfund Kirschchen 65 Pfennig gefordert) hat eine Händlerin auf dem Markte Sie wurde zur Anzeige gebracht. Zugleich wurden die vorhandenen Kirschenvorräte sofort polizeilich beschlagnahmt und auf Anordnung des Magistrats an Ort und Stelle zum Höchstpreis von 45 Pfg. verkauft. Außerdem konnte die Händlerin keinen Schlüssel vorlegen, so daß sie und auch ihre Lieferanten deshalb bestraft werden.

Stahfurt, 22. Juni. (Zweimal Fleisch in der Woche.) Unser Anzeiger ist entpochen und der Fleischverkauf findet, solange noch Fleischzufuhren ausgegeben werden, zweimal in der Woche statt, und zwar kommt Sonnabends das Fleisch auf Zusatz- und Krankenlisten und Dienstag das auf die Reichsfleischkarte zum Verkauf.

(Konserben.) nämlich Bohnen und Karotten sowie kaudenste Milch kommen von Sonnabend früh an in den einschlägigen Geschäften zum Verkauf, von den Konserben 1/2 Pfund für den Kopf. Hossentlich geht es nicht auch so wie am Donnerstag mit dem Strauß. Sehr viele Hausfrauen haben keinen erhalten können, obwohl sie von Geschäft zu Geschäft gelaufen sind, vielfach lange haben warten und damit viel kostbare Zeit verschwendung müssen. Man sollte doch meinen, daß das zur Verfügung stehende Quantum genau bekannt ist und wie viele Köpfe in Frage kommen, ist doch auch bekannt. Da müßte die Verteilung doch glatt vor sich gehen können. Wozum hat es denn nun wieder gelegen?

(Die Erzeugerhöchstpreise für Obst) sind festgesetzt und bekanntgemacht. Sie sind auch wirklich kriegsmäßig hoch, aber wird auch Obst zu haben sein?

Wahlkreis Salzwehel-Garbelegen.

Garbelegen, 22. Juni. (Die Wilderäumung) auf der Strecke vom Langen Steg an der Gledter Grenze bis zur Wülfinger Wähe hat am 22. Juni zu geschehen. Jeder Räumungspflichtige hat vor Beginn der Räumung an der untersten Strecke einen Longbaum zu legen, so daß das lose Kraut und Schilf aufgegeben wird. Das aufgenommene Kraut muß entfernt werden. Die Scheun findet am 29. Juni von vormittags 10 Uhr an vom Langen Steg an statt.

(Fleischverkauf) auf dem städtischen Schlachthof am 23. Juni von vormittags 8 bis 9 Uhr für Nr. 1801-1950, 9 bis 10 Uhr für 2200, 10 bis 11 Uhr für 2500, 11 bis 12 Uhr für Nr. 1-250, 12 bis 1 Uhr für 550, 3 bis 4 Uhr für 800, 4 bis 5 Uhr

man, daß derselbe streng gegliedert ist und die Logik seines Gedankengangs wie auf Schienen läuft. Die im Verlauf der Debatte zerstreuten Verdachtsmomente sind gesammelt, ohne ein einziges zu vergessen, kondensiert, gesichtet und aneinander gereiht, daß sie unwiderleglich erscheinen, selbst dort, wo sie es nicht sind. Nachdem er zwei Stunden lang gesprochen, gelangt er endlich an den Schluß seiner Rede: „Dieser Mann zog einer Geißel Gottes gleich über die Erde und voll Schreden folgt das härteste Gemüt seiner Bahn, beobachtet es seine blutigen Spuren; wo er einkehrt, hält der Tod reiche Ernte. Die beneidenswertesten Gaben schenken ihn dazu zu bestimmen, Leben zu spenden; er verwendet sie dazu, um den Tod zu verbreiten. Er konnte heilen; stattdessen tötete er; sein Talent hätte ihn zu einem nützlichen, geehrten und geliebten Menschen machen können und es machte einen verächtlichen, verabscheuten Verbrecher aus ihm. Die irdische Gerechtigkeit soll ihn nicht ohne Beweigung, doch ohne Schwäche strafen und das Todesurteil über ihn sprechen.“

Der Verteidiger hatte schwere Arbeit. Der Schweiß rann ihm in Strömen herunter, als er sich endlich auf seine Bank niederlassen konnte.

Die Beratung der Geschwornen währte kaum zwanzig Minuten. Die erste Schuldfrage, die sich auf Kolitzus bezog, wurde verneint; die zweite, Kalerian betreffend, bejaht.

In dem Augenblick, als der Obmann das verhängnisvolle „Ja“ aussprach, stand Helene auf der kleinen Erhöhung, von welcher die Zeugen in den Saal traten. Die umstehenden Personen hastig zur Seite drängend, legte er die drei Schritte zurück, die ihn von dem Zimmer, in welchem jetzt der Angeklagte weilte, trennte, schlug mit der Faust kräftig gegen die Tür desselben und rief dabei ein lautes „Ja!“

Innen schritt Saniel mit aufgeschloßtem Ueberrock und geöffnetem Weste auf und ab, während die beiden Gendarmen, die ihn bewachten, auf Stühlen saßen. Als der Schlag an der Tür ertönte und das mit aufgeregter Stimme gerufene „Ja“ ertönte, wandte er den Gendarmen den Rücken zu und aus der Seitentasche seines Rockes einen Dolch mit langer, breiter Klinge ziehend, suchte er mit der linken Hand die Stelle, wo sein Herz schlug. Dann stemmte er den Griff des Dolches gegen die Wand und stürzte sich in die Spitze; — in der nächsten Sekunde rollte er leblos auf die Stufen.

